



Muss Deutschland die Wehrpflicht wiedereinführen?

Gefahr aus Russland Der Bundeswehr fehlt es an Material, aber auch an Menschen. Ein verpflichtender Dienst könnte helfen.

Ziemlich genau ein Jahr ist Boris Pistorius jetzt deutscher Verteidigungsminister, und der Sozialdemokrat hat in dieser Zeit schon ganz gut begriffen, wie drastisch Erwartungen und Möglichkeiten bei der Bundeswehr auseinanderklaffen – jetzt, da diese wieder kampfbereit werden soll, um der Kriegsgefahr aus Russland zu begegnen. Bis 2031 sollte die Truppe auf 203'000 Soldaten und Soldatinnen anwachsen. Tatsächlich hat sie derzeit grösste Mühe, den Bestand von 180'000 zu wahren.

Eine Taskforce hat in Pistorius' Auftrag gerade Dutzende Massnahmen ausgearbeitet, um die Rekrutierung zu verbessern. Junge Leute für die Bundeswehr zu gewinnen, wird immer schwerer, weil auch viele private Arbeitgeber immer intensiver um Nachwuchs werben, um dem wachsenden Mangel an Fachkräften zu begegnen.

Pistorius fasst deswegen schon den nächsten Schritt ins Auge. Er lasse derzeit prüfen, sagte er kurz vor dem Jahreswechsel, ob man die Wehrpflicht wieder einführen solle – allenfalls nach schwedischem Vorbild. Die allgemeine Wehrpflicht für Männer wurde in Deutschland – anders als in der Schweiz – 2011 ausgesetzt, 55 Jahre nach ihrer Einführung. Die Bundeswehr ist seither ein reines Freiwilligen- und Berufsmilitär. Man habe für diesen Entscheid damals Gründe gehabt, bilanzierte Pistorius, im Rückblick sei es aber ein Fehler gewesen.

Schweden zeigt, wie ein neuer Weg aussehen könnte

Markus Söder, bayerischer Ministerpräsident und Chef der CSU, pflichtete Pistorius bei und forderte seinerseits eine mindestens siebenmonatige Wehrpflicht. In einer Umfrage stimmten Anfang Jahr 52 Prozent der Deutschen einer Wiederein-

führung der Wehrpflicht zu, 32 Prozent waren dagegen.

In den meisten Parteien überwiegt jedoch die Skepsis. Die alte Wehrpflicht für alle jungen Männer will eigentlich niemand zurück. Fachleute warnen, die Bundeswehr könnte eine solche Anzahl von Wehrpflichtigen, es handelt sich um bis zu 700'000 im Jahr, gar nicht brauchen. Diese würden eher den Betrieb lahmlegen, statt das Militär zu stärken.

Interesse hat hingegen Pistorius' Hinweis auf Schweden geweckt. Das skandinavische Land hat zur gleichen Zeit wie Deutschland die Wehrpflicht ausgesetzt – und 2017 wieder aktiviert, als es merkte, dass es nicht gelingt, genügend Freiwillige zu finden. Seither werden alle 100'000 jungen Männer und Frauen eines Jahrgangs auf ihre Motivation und Eignung befragt und gemustert. Die 5000 bis 8000, die am meisten wollen und am fittesten sind, werden zu einem einjährigen Wehrdienst aufgeboten.

Viele in Deutschland halten das für einen interessanten Ansatz, weil er sicherstellen würde, dass sich alle jungen Frauen und Männer mindestens einmal ernsthaft mit dem Thema Bundeswehr auseinandersetzen müssten. Nur schon das würde zu mehr Bewerbungen führen, glaubt man.

Andere geben zu bedenken, dass dieses Modell nicht nur die Freiheit der jungen Menschen über Gebühr einschränken, sondern auch eklatant gegen die sogenannte Wehrgerechtigkeit verstossen würde. Das Bundesverfassungsgericht hat in früheren Urteilen darauf gepocht, dass die Wehrpflicht entweder für möglichst alle gelten solle – oder aber für keinen.

Ein Gesellschaftsjahr bei sozialen Organisationen

In Schweden wird dieses Problem gelöst, indem alle jungen Frauen und Männer grundsätzlich verteidigungspflichtig sind, ob militärisch oder zivil. Eine ähnliche Lösung schwebt der CDU vor. Sie will eine einjährige allgemeine Dienstpflicht einführen: ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr, das man, je nach Interesse, in der Bundeswehr, aber auch beim Technischen Hilfswerk oder bei sozialen Organisationen ableisten könnte. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wirbt seit letztem Jahr für einen verpflichtenden allgemeinen Dienst an der Gesellschaft.

Für alle neuen Dienstmodelle müsste man wohl das Grundgesetz ändern, was eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag voraussetzt. Eine solche ist derzeit für keinen der Vorschläge in Sicht.

Und für eine Wiedereinführung der alten Wehrpflicht fände Boris Pistorius wohl nicht einmal in seiner eigenen Partei eine Mehrheit.

Dominique Eigenmann, Berlin



Rekruten der Bundeswehr anlässlich einer Übung in Seedorf in Niedersachsen. Archivfoto: Hauke-Christian Dittrich (AFP)